

VISION EINER WIRTSCHAFT IM DIENST DER GESELLSCHAFT

(„A long term-vision that puts the economy at the service of society“.)

Erklärung zur Konzertierte Aktion 2013
der Konferenz Europäischer Justitia et Pax Kommissionen

Der Finanzsektor dient der Realwirtschaft, diese steht wiederum im Dienst der Gesellschaft und hat die Aufgabe, die Würde und das Wohlergehen des Menschen zu schützen und zu fördern.

Da die globale Finanzkrise mit ihren Folgen auch 2013 weiterhin die ökonomische, soziale und politische Landschaft beherrscht, will die Europäische Konferenz Justitia et Pax, gestützt auf die Erfahrung 31 nationaler Kommissionen, mit dieser Erklärung für einen radikalen Wandel plädieren.

Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der alle wirtschaftlichen Aktivitäten letztlich den Anforderungen von Gerechtigkeit und Gemeinwohl dienen.

Es ist nicht zu spät, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die eingefahrenen Verhaltensmuster der letzten Jahrzehnte aufzubrechen, aber wir müssen bereit sein - individuell und kollektiv -, Verantwortung zu übernehmen und eine langfristige Vision für eine gerechtere und nachhaltige Lebensweise zu entfalten. Besondere Verantwortung liegt bei den Regierenden, mit einer geeigneten Gesetzgebung und entsprechenden Strukturen eine solche Vision zu unterstützen.

Der Finanzsektor dient der Realwirtschaft, diese steht wiederum im Dienst der Gesellschaft und hat die Aufgabe, die Würde und das Wohlergehen des Menschen zu schützen und zu fördern. Wir können es uns nicht erlauben, diesen Zusammenhang außer Acht zu lassen.

Denn die Umkehrung dieses Werte-Systems sichert zwar die Zukunft der Finanzinstitutionen - aber auf Kosten der Bedürfnisse und des Wohlbefindens von Individuen, Familien und sogar kommender Generationen, was weder vernünftig noch nachhaltig ist.

Immer neue Finanzskandale machen zunehmend offenkundig, dass wir dem Finanzsektor erlaubt haben, so zu agieren, als stünde er über allen Regeln, frei von jedweder Einschränkung durch Auflagen, die sonst im Zusammenleben gelten.

Doch als das Finanzsystem und seine Akteure versagten, bezahlte die Gesellschaft einen hohen Preis, und die Belastungen wurden dabei höchst ungerecht verteilt. Verhaltensweisen, die im besten Fall unethisch und in einigen Fällen strafrechtlich relevant sind, wurden oft reich belohnt, während die Kosten auf diejenigen übergingen, die sie am wenigsten tragen können. Die Sparpolitik der Regierungen und ihre Maßnahmen, die auf die Wiederherstellung der finanziellen Stabilität abzielen, belasten die Ärmsten am stärksten, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Das Ergebnis ist nicht nur der Verlust von Einkommen, sondern ein Zusammenbruch des Vertrauens und ein Gefühl der Entfremdung von der Gesellschaft, das letztlich unsere Demokratie bedroht.

Der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden identifiziert als eine der primären Ursachen der Wirtschaftskrise einen "ethischen Zusammenbruch auf allen Ebenen der Weltwirtschaft, die zunehmend von Utilitarismus und Materialismus dominiert wird"¹. Reformvorschläge werden insoweit Wirksamkeit entfalten, wie sie diesen "ethischen Zusammenbruch" auch aufgreifen.

Zumindest sollte gelten:

- I. Ethische Überlegungen können nicht mehr nur als eine Sache des individuellen Gewissens betrachtet werden, sondern müssen einen integralen Bestandteil der Entscheidungsprozesse, sowohl auf individueller als auf gesellschaftlicher Ebene, bilden;
- II. Aus- und Weiterbildungsangebote im Wirtschafts- und Finanzsektor müssen die ethische Dimension und die Auswirkungen auf das menschliche Zusammenleben mit einem besonderen Fokus auf soziale Gerechtigkeit hervorheben;
- III. Unser Engagement für die Würde der menschlichen Person und für die integrale menschliche Entwicklung in jeglicher Hinsicht, muss in einer starken Gesetzgebung verankert werden und mit geeigneten Mechanismen für deren Durchsetzung auf nationaler und internationaler Ebene ausgestattet werden.

¹ Towards Reforming the International Financial and Monetary Systems, 2011.

Es überrascht nicht, dass die Globalisierung der Finanzmärkte dazu geführt hat, Strukturen und Mechanismen für eine „Global Governance“ im Bereich der Finanzen zu fordern.

Der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden hat "ein Minimum an gemeinsamem Regelwerk"² für notwendig gehalten, um die globale Finanzmarktkrise, die sehr viel schneller gewachsen ist als die reale Wirtschaft, zu bewältigen. Was befürwortet wird, ist *nicht* eine Form des Regierens, die Menschen entmachtet und von politischen Prozessen entfremdet, indem Entscheidungsprozesse immer weiter ihrer Kontrolle entzogen werden, sondern ein „Governance-Modell“ mit klaren Grenzen, das den Anforderungen von Solidarität und Subsidiarität unterliegt. Nach dem Grundsatz der Subsidiarität, sollten internationale Institutionen nur dort eingreifen, wo Staaten allein die Probleme nicht bewältigen können. Und viele der großen Herausforderungen, denen sich Staaten heute gegenüber sehen, fallen in diese Kategorie, insbesondere die grenzüberschreitende Kriminalität, Klimawandel, Hunger und Zugang zu Wasser und anderen natürlichen Ressourcen.

Diese Art internationaler Zusammenarbeit sollte das Bewusstsein unserer wechselseitigen Abhängigkeit stärken und damit der Förderung des Gemeinwohls vor Eigeninteressen dienen (z.B. durch die gerechte Verteilung von und den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen). Eine „Global Governance“ würde sicherstellen, dass die gleichen Standards in jedem Land angewendet werden müssten, dass Regierungen robuste Maßnahmen im Kampf gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit in Angriff nehmen könnten, ohne zu befürchten, dass Großinvestoren bzw. Arbeitgeber ihre Unternehmen verlagern.

Eine positive Konsequenz der Krise ist der stärker gewordene öffentliche Ruf nach Transparenz und unabhängiger Regulierung der Finanzströme. Die Kosten der Geheimhaltung und Unehrllichkeit im Bereich der Steuern und der Berichterstattung über Gewinne in den Entwicklungsländern werden von Kampagnen seit vielen Jahren hervorgehoben. Mittlerweile gibt es ein erhöhtes Bewusstsein für den Preis, den europäische Länder zahlen, wenn sie versäumen, Missstände anzugehen. Prinzipiell können und sollen die Wirtschaft und auch der Finanzsektor einen positiven und wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Gerade deshalb müssen Regierungen sicherstellen, dass dieser Beitrag fair und gerecht erfolgt.³

² Towards Reforming the International Financial and Monetary Systems, 2011.

<http://www.iupax.at/images/Dokumente/towards%20reforming%20the%20international%20financial%20and%20monetary%20systems.pdf>

³ Vgl. auch Presseerklärung des Gemeinsamen Kirchenrates-KEK-COMECE vom 08.03.2013“Europa braucht eine soziale Dimension: <http://www.comece.eu/site/de/presse/pressemitteilungen/newsletter.content/1561.html>

Auf globaler Ebene müssen Regierungen Unternehmen verpflichten, ihre Einnahmen und Ausgaben, bezogen auf das jeweilige Land, in dem sie operieren, („country by country“) zu veröffentlichen.

Das Problem der Steueroasen muss wirksam angegangen werden, wenn wir zu mehr Gerechtigkeit und einem nachhaltigen wirtschaftlichen Modell für die Zukunft kommen wollen.

Auf europäischer Ebene muss die wichtige Arbeit der europäischen Integration Hand in Hand mit der Entwicklung von Rechtsvorschriften und Strukturen gehen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Partizipation führen. Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), erinnert in ihrer 2012 publizierte Veröffentlichung „Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“⁴ daran, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft ein Ziel des Vertrags von Lissabon ist. Wenn auch die Ausformulierung eines Konzepts der vorgeschlagenen Europäischen Sozialen Marktwirtschaft noch aussteht, so ist schon jetzt als unverzichtbar festzuhalten, dass soziale Gerechtigkeit und die Förderung des sozialen Zusammenhalts den Kern eines solchen Modells ausmachen.

Die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen unterstützt den Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden in seinem Plädoyer dafür, dass "der Primat des Spirituellen und der Ethik gestärkt werden muss und, mit diesem, der Vorrang der Politik – die für das Gemeinwohl verantwortlich ist - vor Wirtschaft und Finanzen."⁵

Wenn sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft entfernt, ist es für die involvierten Akteure nur allzu leicht, die Konsequenzen ihres Handelns für das menschliche Zusammenleben aus den Augen zu verlieren. Dieses Problem kann nicht durch eine Reform des Finanzsektors allein gelöst werden. Wir brauchen verschiedene Zugänge, einschließlich der Regulierung, der Bildung und Partizipation, um die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Tätigkeit und dem Gemeinwohl der Gesellschaft wieder zu stärken.

⁴ <http://www.comece.org/site/de/publikationen/pubcomece>

⁵ Towards Reforming the International Financial and Monetary Systems, 2011.

Daher rufen wir Regierungen dazu auf:

- Gemeinsam einen ethischen Verhaltenskodex für Finanzinstitute zu vereinbaren und zu verabschieden, der Transparenz, Rechenschaftspflicht, Menschenrechte, Steuergerechtigkeit und gerechte Verteilung von Gewinnen hervorhebt
- Ein internationales Regelwerk zu erstellen, das von Finanzinstituten unabhängig ist und ethische Gesichtspunkte stark betont;
- Herauszufinden, wo zusätzliche Regulierung – auf nationaler und internationaler Ebene – erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten den Anforderungen der Gerechtigkeit entsprechen;
- Rechtsvorschriften einzuführen, die für Unternehmen zur vollständigen und transparenten Offenlegung aller Aspekte ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten führen und damit das Problem von Steuerflucht und Steueroasen beseitigen können;
- Der Verpflichtung nachzukommen 0,7% des Bruttoinlandproduktes für die öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen;
- Eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, um Initiativen für internationale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit zu fördern, wie sie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und von 11 EU-Ländern angenommen wurde. Der Vorschlag sieht Steuersätze von 0,1 Prozent auf Aktien und Anleihen sowie 0,01 Prozent für Derivatkontrakte vor.

Weitere Informationen:

E-mail: office@iupax.at

Homepage: www.iupax.at

Zu der Konferenz Europäischer Justitia et Pax-Kommissionen (Conference of European Justice and Peace Commissions CEJPC) gehören derzeit 31 nationale Justitia et Pax-Kommissionen. Jede wurde von der jeweiligen katholischen Bischofskonferenz des Landes eingerichtet bzw. anerkannt. Das Sekretariat der CEJPC befindet sich gegenwärtig in Paris (Frankreich). <http://www.iuspax-eu.org>